Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine Illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3,90 M., monatlich 1,30 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2,50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 4 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 40 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6740 Breslau

Nummer 93 | Mittwoch, den 21. April 1920. | 38. Jahrgang

Bezugspreis von „**Nachrichten und Tageblatt**“ und „**Herischdorfer Tageblatt**“ mit **drei Beilagen**:

vierteljährlich durch Boten ins Haus	6,50 Mk.
monatlich „ „ „ „	2,20 Mk.
vierteljährlich in den Zeitungsausgabestellen Herischd.	6,— Mk.
monatlich „ „ „ „	2,— Mk.
vierteljährlich beim Abholen in der Geschäftsst.	5,50 Mk.
monatlich „ „ „ „	1,85 Mk.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers ist das Silbergeld außer Kurs gesetzt worden.

* Der neue italienische Botschafter de Martino ist in Berlin eingetroffen.

* Die französischen Besatzungstruppen in Frankfurt a. M. bereiten alles für ihren Abmarsch vor.

* Die sozialdemokratische Fraktion beantragt in der Nationalversammlung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

* Der Vorsitzende des Vorstandes der Demokratischen Partei, Dr. Friedberg, ist aus Gesundheitsrücksichten von diesem Amte zurückgetreten.

* Der deutschnationale Abgeordnete Friedrich Knollmann (Posen) ist im Alter von 40 Jahren gestorben.

* Der Bandenführer Hölz ist von der tschechischen Polizei in Marienbad verhaftet worden.

* Der Papst überwies dem Fürstbischof Bertram in Breslau für die hungernden deutschen Kinder eine Million Lire. Die Einlösung ergab 4573770 Mark.

Menschliches, Allzumenschliches.

Für die Göttin der Gerechtigkeit sind schwere Zeiten gekommen. Die Welt steht unter dem Zeichen des Hasses, das will sagen: der Blindheit, und so ist sie zu allem anderen eher fähig und imstande, nur nicht zur Gerechtigkeit. Wir erleben eben wieder, wie uns aus dem Aufstand im Ruhrgebiet und aus dem Unrecht, das Frankreich unter diesem Vorwand gegen uns verübt, von San Remo aus neue Bedrängung angetan werden soll — allen wohlwollend klingenden Reden zum Trotz, mit denen man uns vorher zu beschwichtigen, oder richtiger muß es wohl heißen: irre zu führen suchte. Aber auch in unserer eigenen Mitte führen die Leidenschaften des Kampfes zu Ungerechtigkeiten, die schließlich da, wo sie kaum zu vermeiden sind, hingenommen werden müssen wie so manche andere unerfreuliche Erscheinung der Gegenwart.

Für weite Volkskreise gilt heute jeder Träger eines Offiziersrockes ohne weiteres als Schädling, als Militarist, als Reaktionär. Der ganze Stand wird mit einer Hemmungslosigkeit ohne gleichen angegriffen, geschmäht, verfolgt, und schon hört man in Versammlungen oft genug den Ruf erschallen: wir brauchen überhaupt keine Offiziere. Nun, was die Leute, die diese Parole ins Volk hinaustragen, wirklich im Sinn haben, das möge auf sich beruhen bleiben. Aber so lange wir Offiziere haben und brauchen, haben sie zweifellos den gleichen Anspruch auf Gerechtigkeit wie jeder andere Staatsbürger auch. Nun kann man von den Männern, die von der früheren kaiserlichen Armee her noch im Dienst geblieben sind, unmöglich verlangen, daß sie heute schon als überzeugte Republikaner auftreten, daß sie zu allem Ja und Amen sagen, was die neue Zeit an Anschauungen und Forderungen geboren hat, daß sie alle Erscheinungen widerspruchslos gutheißen, mit denen allenfalls die Nichts-Als-Pazifisten sich abzufinden vermögen, andere Leute aber, auch wenn sie den bunten Rock weder tragen noch jemals getragen haben, das Blut zum Kopfe treiben fühlen. Ihnen ist eine ganze Welt zusammengebrochen, für sie die so gut wie ausschließlich erzogen worden sind. Jetzt hören und sehen sie, daß mit der Zertrümmerung der alten Armee noch lange nicht der Endpunkt dieser Entwicklung gekommen ist. Der alte Bebel begeisterte sich für den Gedanken der Volksmiliz, etwa nach Schweizer Muster. Man spricht jetzt von völliger Entwaffnung, allenfalls sollen Arbeiterwehren zugelassen werden, die ungefähr das gerade Gegenteil des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht darstellen. Ein Staat ohne Heer — diese Vorstellung will den Offizieren alten Schlages nicht in den Kopf. Sie sehen, wie unser Militarismus zwar zerschmettert am Boden liegt, überall sonst aber in der Welt das Rüstkleid verstärkt wird. Also können sie es nicht begreifen, daß wir uns nicht einmal das winzige Minimum an „Reichswehr“ erhalten sollen, das der Vertrag von Versailles uns gerade noch gestattet. Und noch weniger will es ihnen in den Sinn, daß dieses Minimum unausgesetzt in die heißen Tageskämpfe der inneren Politik hineingezerrt und dadurch für jeden Ernstfall völlig entwertet wird. So ist es nicht verwunderlich, wenn viele Offiziere beim Anblick aller dieser, ihnen gänzlich unverständlichen Vorgänge in schwere Gewissensbedrängnis geraten, wenn sie darüber dem Versuch unterliegen, den gordischen Knoten, so oder so, mit dem Schwert zu durchschlagen. An die Hoffnungslosigkeit unserer Lage zu glauben, das verbietet ihnen ihre Gesinnung: die Widerstände, auf die sie stoßen müssen, unterschätzen sie nur zu sehr. Aber was sich hier mit Gewalt durchsetzen will, ist im Grunde nichts weniger als volksfeindliche Denkungsart.

In vielen Fällen gesellt sich zu diesen Beweggründen allgemeiner Natur die bange Sorge um die eigene Existenz; insbesondere wohl bei der Mehrzahl der Unterführer, die sich für gewaltsame Auflehnung gegen das, was die Republik will, gewinnen lassen. Das Waffenhandwerk ist der Beruf, für den sie erzogen sind; was soll aus ihnen werden, wenn wir nur noch 100 000 Mann in den Kasernen haben oder wenn auch diese gar nach Hause geschickt werden? In der schwersten Zeit des Übergangs aus der alten in die neue Zeit haben sie tapfer auf dem Posten gestanden, haben der Scheidemann-Regierung mehr als einmal aus schlimmen Verlegenheiten geholfen, haben die Räteregierung in Bayern überwunden, haben die Reichshauptstadt von Spartakus befreit. Jetzt sollen sie entlassen werden, obwohl die Franzosen uns bereits im Nacken sitzen und die Polen sich sprungbereit halten, um Oberschlesien zu überfallen. Obwohl auch auf neue Schwierigkeiten im Innern gerechnet werden muß. Das ist gegen ihr Gefühl, wie sich wohl begreifen läßt. Und was soll nun aus ihnen werden? Der Staat drückt ihnen zum Abschied ein paar Papierscheine in die Hand — dann mögen sie zusehen, wo sie ihr Brot finden. Aber alle Berufe sind überfüllt. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, des Hungers steigt vor ihnen auf. Auch sie wollen leben, auch sie haben Frau und Kind, auch sie wollen ihre Arbeitskraft nicht brach liegen lassen. Wer weiß, wie bald das Vaterland sie wieder braucht; liegt es da nicht nahe, daß sie wenigstens eine gewisse Kameradengemeinschaft aufrechterhalten, unter sich und mit ihren Unteroffizieren und Mannschaften, um, wenn abermals Not am Mann ist, sofort zur Stelle zu sein? Ist es gerecht, hier dann „Verschwörungen“ zu wittern und nach dem Staatsanwalt zu schreien? Darf man diese Leute von Ort zu Ort hetzen, nur weil sie nach Rettung vor dem sichern Untergang suchen?

Diese rein soziale, diese menschliche Seite der Offiziersbewegung sollte doch gerade von sozialen Parteien nicht übersehen werden. Und die Regierung täte wohl daran, die öffentliche Meinung in dieser Richtung etwas mehr zu beeinflussen, als es bisher gewesen ist. *Dr. Sy.*

*

Die gleiche Frage streiften in den letzten Tagen zwei Blätter, die auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken der bürgerlichen Parteien stehen: die Kreuz-Zeitung und das Berliner Tageblatt. Die Stellung der Kreuz-Ztg. dem Offiziersstand gegenüber ist durch ihre Tradition geboten. Aber auch das demokratische Blatt findet warme Worte für die schwierige Lage unserer Offiziere, indem es schreibt:

„Wir alle sehen, mit stillem Mitgefühl, die Tragödie jener gewissenhaften und intelligenten Offiziere, die plötzlich aus ihrer Laufbahn hinausgestoßen wurden und nun auf der Suche nach neuen Möglichkeiten sind. Wir möchten, daß ihnen wirtschaftlich geholfen würde, soweit ein Staat irgend helfen kann, der ein Defizit von 200 Milliarden, eine winzige Armee, keine Kolonien, dafür aber, in Ministerien und zivilen Bureaus, viel zu viel Kostgänger besitzt.“

Baldiger Abmarsch aus Frankfurt.

Vorbereitungen des Rückzuges.

Das französische Abenteuer im Maingebiet, das bei der übrigen Entente keinerlei Gegenliebe gefunden hat, scheint seinem Ende entgegenzusehen.

Der „Matin“ meldet nämlich aus Frankfurt a. M., die französische Kavallerie in der Zone, die sich vor dem Brückenkopf von Mainz ausdehne, sei zurückgezogen worden. Es verblieben nur noch einige Dragoner in Hanau. Überall entdecke man Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Rückzug vorbereiteten und nicht mit einer längeren Besetzung rechneten.

Ein anderes führendes Pariser Blatt erklärt, die französische Regierung sei gebunden durch das Lord Derby gegebene Versprechen, die französischen Truppen würden die Maingegend an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen zurückgezogen würden. Darüber hinaus aber sei Frankreich nicht gebunden, und mit gutem Recht habe es den Beschluß rückgängig gemacht, den die interalliierte Kommission, an deren Spitze General Nollet stehe, getroffen habe. Es kann sich hierbei nur um den Beschluß handeln, Truppen nach dem Augustabkommen, um dessen Verlängerung die deutsche Regierung gebeten hat, als Polizeitruppen dort zu belassen.

Die Konferenz von San Remo.

Differenzen in der deutschen Frage.

Die große Ententekonferenz, die in San Remo zusammengetreten ist, hat mit der Besprechung der türkischen Frage begonnen. Dazu verlautet, daß diese Reihenfolge in den Arbeiten der Konferenz auf englischen Wunsch festgelegt wurde, nachdem eine flüchtige Fühlungnahme über die deutschen Angelegenheiten tiefgehende Differenzen ergeben hatte. Lloyd George scheint die Vorteile, die sich aus dieser Situation für die englischen Absichten in der Türkei ergeben, rasch aufgegriffen zu haben. England kommt mit bestimmten Vorschlägen militärischer Natur nach San Remo und wird seine Verbündeten zur Teilnahme an einem Vorgehen gegen Kleinasien und Konstantinopel auffordern. Daß Italien in einem solchen Maße sich nicht beteiligen kann und will, und daß in Frankreich heute schon die Lage feststeht, ist in England bekannt. England wird jedenfalls so seiner loyalen Verpflichtung, die Verbündeten zu benachrichtigen, nachkommen, sich aber freie Hand behalten. Es ist nicht unmöglich, daß die Botschafterkonferenz in einigen Tagen auch das ungarische Problem zu behandeln haben wird, da Apponyi für die Unterschrift des vorgeschlagenen Friedens in ungarischen Kreisen keinerlei Unterstützung gefunden hat und die Botschafterkonferenz der ungarischen Ablehnung gegenüber keine Vollmachten besitzen würde. Die Botschafterkonferenz scheint die ungarischen Gegenvorschläge restlos abgelehnt zu haben, und Ungarn ist unter keinen Umständen geneigt, irgendwelche Gebiete ohne Volksabstimmung abzutreten.

*

Ausführung des Friedensvertrages.

„Matin“ veröffentlicht Äußerungen französischer Politiker über die Art und Weise, wie Deutschland die Friedensbedingungen von Versailles ausgeführt habe. Der ehemalige Senatspräsident Dubost meint, der Grundfehler des Friedensvertrages sei, daß man nicht begriffen habe, daß die Zukunft von der Regelung der finanziellen Fragen abhänge. Der ehemalige Präsident Poincaré hat Bedenken, ob Deutschland bis zum 1. Mai 1921 die vorgeschriebene Summe in Goldmark zahlen werde. Loucheur habe in der Kammer mitgeteilt, daß, alle schon erfolgten Lieferungen abgerechnet, Frankreich auf eine Summe von 5 bis 6 Milliarden zählen könne. Poincaré ruft aus: „Möge es dem Himmel gefallen, daß er recht behält!“ Finanzminister Francois Marsal habe in der Kammer am 14. April erklärt, nach seiner Kenntnis habe Amerika 730 Millionen Goldmark und England 325 Millionen Goldmark für gelieferte Nahrungsmittel von Deutschland erhalten. Frankreich habe für gelieferte Nahrungsmittel 131 Millionen Frank in Kohlen empfangen. Als Ersatz für die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmee habe Frankreich bis zum 1. Februar 600 Millionen Mark in Papier erhalten, was weniger als den zehnten Teil der Kosten für die Besatzungsarmee darstelle, die er im ganzen auf 1600 Millionen Frank berechnet. Der Abgeordnete Louis Dubost habe in der Kammer gefragt, welche Kohlenabschlüsse im August vorigen Jahres mit Deutschland getroffen worden seien und welche Mengen es zu liefern gehabt hätte. Das Protokoll spreche sich darüber nicht aus. Bis zum 31. März hätte Deutschland Frankreich geliefert 3 654 318 Tonnen. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol habe in der Kammer die Zinsenfrage besprochen. Deutschland müsse im Grundsatz 5 % bezahlen, Frankreich aber bezahle mindestens 5¾ %, also während 25 Jahren müsse es einen höheren Zinsfuß bezahlen als Deutschland.

Der Reichswirtschaftsrat.

Gewählte und ernannte Mitglieder.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung schloß sich in seinen soeben beendeten Beratungen über den Entwurf einer Verordnung betr. den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat den Beschlüssen seines Unterausschusses an, wonach der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern in folgender Zusammensetzung besteht: 68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und der Fischerei, 68 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen, 36 Vertreter des Handwerks, 30 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten zu ernennen vom Reichsrat, 12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

Die Linksradikalen und Frankreich.

Wer sich den zweifelhaften Genuß der Lektüre der radikalen Blätter in der letzten Zeit nicht versagt hat, dem konnte die Note Frankreichs, in der die nun erfolgte Auflösung der Einwohnerwehren gefordert wurde, nicht überraschend kommen. Es war einleuchtend, daß den Kommunisten und den ihnen seelenverwandten Parteien diese Einrichtung, die der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung diente, ein Dorn im Auge war, und ebenso einleuchtend, daß die verlogenen Berichte in der „Freiheit“ und ähnlichen Blättern, die von rechtsreaktionären Strömungen in diesen Wehren schrieben, in den Herzen der Franzosen einen starken Widerhall fanden. — Welche Rolle bei den neuerlichen Gewaltakten Frankreichs die oben angeführte Presse spielt und gespielt hat, erhellt ein Aufsatz in den „Baseler Nachrichten“, in dem es u. a. heißt:

„Besonders bemerkenswert ist, daß die über die Haltung der Berliner Presse abgesandten Berichte der französischen

Mission stets die Äußerungen der „Freiheit“ hervorgehoben haben. Die Unabhängigen haben ganz unzweifelhaft einen starken Druck auf die französische Regierung ausgeübt, was um so verständlicher ist, als ein Mitglied der französischen Wirtschaftsmission nach unserer Information Mitglied der deutschen Unabhängigen Partei ist.

Auch aus einem im „Neuen Wiener Tageblatt“ wiedergegebenen Interview zwischen einem neutralen Berichterstatter und dem jetzigen französischen Oberkommandierenden im Maingau, General Degoutte, geht einwandfrei hervor, auf wie fruchtbaren Boden die Verhetzungen der „Freiheit“ in Frankreich gefallen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob der General wirklich glaube, daß Deutschland heute noch ein Heer von 500 000 Mann unter Waffen habe, antwortete der General:

„Ich bin davon überzeugt. Mit Hilfe einer gewissen Camouflet natürlich. Man nennt es Sicherheitspolizei, Einwohnerwehr, Zeitfreiwillige, Technische Nothilfe. Wir wissen dies wohl, wir lassen uns nicht täuschen.“

Als Antwort auf die Auflösung der Einwohnerwehren liefen aus Bayern seitens der deutschen demokratischen Partei Bayerns, des bayerischen Bürgerblocks und der Kreisteilung der bayerischen Einwohnerwehren scharfe Proteste ein.

In einem Telegramm an den Reichskanzler heißt es:

„Bayern steht und fällt mit den Einwohnerwehren und kann sich nicht die letzte und festeste Waffe der Ordnung, Ruhe und Arbeit rauben lassen. Die Einwohnerwehren Oberbayerns stehen bis zum letzten Mann hinter der Regierung, welche diese unerhörte Forderung zurückweist.“

Für die nächsten Tage sind Protestversammlungen vorgesehen.

Wie in Bayern, so liegen die Verhältnisse auch im übrigen Reiche. Ob diese Proteste etwas nutzen werden, ist im Hinblick auf die Haltung unserer Regierung mehr als zweifelhaft.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 20 April.

Im Gefängnis vergessen worden.

Berlin. Bei den Märzunruhen 1919 war ein Vizefeldwebel Markus wegen des Verdachtes des fünffachen Mordes verhaftet worden. In der ganzen Zwischenzeit ist nun nichts unternommen worden. Man hatte ihn bis heute im Gefängnis einfach vergessen.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Oppeln. In der letzten Zeit ist die Stimmung in Oberschlesien sehr zugunsten Deutschlands umgeschlagen. Man führt das auf die drückende französische Militärherrschaft zurück und von den Polen erwarten die Oberschlesier auch nichts anderes.

Übermütige Ententesoldaten.

München. In München ist es zu einem neuen Zwischenfall mit einem Ententesoldaten gekommen. Ein Autoführer der Ententemission raste mit seinem Wagen in eine auf die Straßenbahn wartende Menge, wobei er einem Oberwachtmeister das linke Bein abfuhr. Hierauf zog er seinen Revolver, der ihm aber entrissen wurde. Die Menge ging darauf tätlich gegen ihn vor.

Scharfe Strafen gegen Wucherer.

Köln. Das hiesige Wuchergericht verhängt exemplarische Strafen über Schieber, die zu Wucherpreisen Lebensmittel verschleppen. Eine Kettenhändlerin, die Mainzer Käse verschleppte, erhielt einen Monat Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe. Drei andere beteiligte Düsseldorfer, darunter ein Mittelschullehrer, wurden mit hohen Geldstrafen belegt. Eine Reihe Kölner Bäckermeister, deren Brote Mindergewichte aufwiesen, erhielten ebenfalls hohe Gefängnis- und Geldstrafen.

Großer Platindiebstahl.

Frankfurt a. M. Aus einer Fabrik in Bockenheim wurde Platindraht im Wert von zwei Millionen Mark gestohlen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Hungerstreik des Kommunisten Hölz.

Plauen. Von der Polizeidirektion wird mitgeteilt, daß Hölz sich noch nicht hat vernehmen lassen. Er will seine Aussagen nur bei der gerichtlichen Vernehmung machen in öffentlicher Verhandlung. Er verweigert jede Aussage und jede Beköstigung. Das Gericht ist von Posten weit umstellt, und auch vor seiner Zelle stehen Militärposten. Es wird noch bekannt, daß, als Hölz eingeliefert wurde, einige Rotgardisten, die in dem Gefängnis gefangen waren und ihn durch das Zellenfenster sahen, gerufen haben: Das ist ja unser Genosse Hölz. — Die sächsische Regierung hat an die tschechische Regierung das offizielle Verlangen nach Auslieferung des Bandenführers Hölz gerichtet. Sie begründet es mit gemeinem Verbrechen, namentlich Erpressung. Man erwartet an den zuständigen Stellen, daß die Auslieferung erfolgen wird.

Unsere Handelsflotte.

Haag. „Nieuwe Courant“ hält die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und der Schadenersatzmaterialien für Scapa Flow für höchst gefährlich sowohl für das sich eben wieder mühsam aufrichtende deutsche Wirtschaftsleben selbst als auch für den Wert der hypothekarischen Forderungen der Alliierten an Deutschland.

Italien macht nicht mit.

Paris. „Journal“ stellt fest, daß Italien bis jetzt noch nicht seine Zustimmung zu einem gemeinsamen Schritt der Alliierten in Berlin gegeben habe. Es sei zuzugeben, daß die innere Lage Italien auch nicht gestatte, an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen teilzunehmen. Man verstehe Italien sehr gut, aber man müsse die interalliierten Interessen in Betracht ziehen.

Kommunistenaustreibung aus Amerika.

Washington. Schiffe, die in den nächsten Monaten von den Vereinigten Staaten ausgesandt werden, um Mehl für die notleidenden Länder Europas fortzubringen, werden gleichzeitig als Transportschiffe für die mißliebig gewordenen Radikalen benutzt werden. Mehr denn 400 Russen, Finnen und Polen, deren Absicht es gewesen sein soll, die gegenwärtige Regierung mit allen möglichen Gewaltakten zu stürzen und eine gefährliche Propaganda ins Werk gesetzt zu haben, werden gruppenweise übers Meer in ihre Heimat zurückgesandt werden.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Der französischen Deputiertenkammer wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher einen Kredit von 1800 Millionen Frank anfordert für den Wiederaufbau der französischen Handelsmarine, die vor dem Kriege 2½ Millionen Tonnen betrug und jetzt auf 5 Millionen Tonnen erhöht werden soll.

Rom. Zur steuerlichen Kontrolle bereitet die Regierung die Abschaffung der Inhaberpapiere vor; zunächst müssen alle Bankaktien auf den Namen lauten. Die anderen Inhaberaktien werden einer 15 %igen Dividendensteuer unterworfen, damit die Besitzer sie aus eigenem Antriebe in Namensaktien umwandeln.

Tokio. In der Mandschurei ist es zu Kämpfen zwischen japanischen und chinesischen Truppen gekommen.

Ein Verbrechen am Volkswohl.

Wenn heute auch von den Organisationen und Parteien, die am 13. März zur Begegnung des Kapp-Putsches zum Generalstreik blieben, der Versuch gemacht wird, ihre Handlungsweise zu rechtfertigen, indem sie dieses Kampfmittel als die menschlichste und wirksamste Waffe hinstellen, ist es doch heute unbedingte Pflicht, es der Öffentlichkeit klar zu machen, daß der Generalstreik immer, welche Partei oder Interessengruppe ihn auch sanktionieren mag, als ein Verbrechen am Volkswohl anzusprechen ist. —

Die Vorgänge in jener Woche, in der die Kapp-Anhänger dominierten, haben es klar bewiesen, daß es nicht der Generalstreik war, unter dessen Begleiterscheinungen und Folgen vor allem die unteren Schichten des Volkes schwer zu leiden hatten, der dem Kapp-Abenteuer ein schnelles Ende bereitete, sondern lediglich die Weigerung aller amtlichen Stellen und derjenigen Männer in leitenden Positionen, die diesen sinnlosen Versuch Kapps nicht mitmachten. — War also die Proklamierung des Generalstreiks ein Mittel, das einen gänzlich negativen Erfolg zeitigte, so darf man sich heute nach der Legalisierung dieser Waffe nicht wundern, wenn sich auch die Feinde am Gesamtwohl des deutschen Volkes — die Linksradikalen — des Generalstreiks als Schreckmittel bedienen, um ihre Interessen und Forderungen durchzusetzen. Wem fiele da nicht das alte Sprichwort ein: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!“ oder „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.“ Auf diese Weise fängt der Generalstreik an, modern zu werden. — Was das für die Allgemeinheit bedeuten würde, braucht nicht gesagt zu werden. —

Um so mehr, als eine Wiederholung des Generalstreiks auch einmal den Mittelstand im — Abwehrstreik aufrütteln könnte. — Anzeichen hierfür liegen vor, wie eine Zuschrift aus Schwerin besagt. Hier heißt es:

„Seit gestern streiken hier nun Ärzte und Apotheker, sie wollen dadurch die Leute zwingen, den Streik aufzuheben. Bei uns wurden gestern zwei Verwundete eingeliefert, sie sind hier verbunden worden und werden verpflegt. Aber kein Arzt hilft ihnen, sie müssen verbluten, auch andere Kranke werden nicht behandelt. Gestern abend kam eine Mutter verzweifelt hier an, kein Arzt aber wollte zu ihrem schwerkranken Kinde kommen.“

Mit dem gleichen Rechte, mit dem die Gasarbeiter, der Generalstreikorder folgend, die Arbeit niederlegen und durch den Gasmangel die Vornahme von lebenerhaltenden Operationen unmöglich machen, verweigerten hier auch die Ärzte und Apotheker die Arbeitsleistung. —

Vielleicht wird die Maßnahme dieser Kreise jene Stellen zur Besinnung bringen, die sich heute noch einer klar bewiesenen Tatsache verschließen, nämlich, daß der Generalstreik ein Verbrechen am Volkswohl ist. —

Deutsche Nationalversammlung.

(165. Sitzung.) *CB.* **Berlin**, 19. April.

Bei ziemlich schwacher Besetzung trat das Haus heute in die voraussichtlich letzte Woche seiner Beratungen ein. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die dritte Lesung des

Grundschul-Gesetzes

begonnen. Zuerst sprach der Abg. **Mumm** (Deutschnat. Vp.), der den Widerspruch seiner Partei gegen den Entwurf begründete, indem er darauf hinwies, daß die Bestimmungen der Vorlage schwere Eingriffe in die persönliche Freiheit und in das Recht der Eltern darstelle.

Der Reichsminister des Innern **Koch** wandte sich gegen die Einwände des Vorredners. Nachdem noch der Berichterstatter Abg. **Brockhoff** (Dem.) und der Abg. **Runkel** (Deutsche Vp.), der ebenfalls verschiedene Bedenken geltend machte, gesprochen hatten, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen, und es wurde in die Einzelberatung eingetreten. Das Ergebnis der Beratung war die Annahme der Vorlage. Alsdann wurde der Entwurf über die Militärversorgung einem Ausschuß überwiesen und damit schloß die Sitzung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Um die Wahl in der zweiten Zone.** Bekanntlich soll die Vornahme der Wahlen in ganz Ostpreußen und im ganzen Oberschlesien solange vertagt werden, bis die Volksabstimmung in allen Teilen der Provinzen abgeschlossen ist. Neuerdings verlautet auch, daß dieselbe Absicht bezüglich Schleswig-Holsteins bestehe, falls in der zweiten Zone noch nicht gewählt werden darf.

✚ **Der 1. Mai als Feiertag.** Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Gleichzeitig fordert der Parteivorstand in einem Aufruf alle Parteigenossen auf, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

✚ **Aufhebung der Sprachenverordnung in Schleswig.** Entsprechend ihren früheren Zusagen hat die preußische Regierung beschlossen, sämtliche für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die in Dänemark als gegen die Dänen gerichtet betrachtet wurden, sowie auch solche, die sich gegen Reichsdeutsche dänischer Gesinnung richteten, zur Aufhebung zu bringen. Zu diesen Gesetzen gehören insbesondere die viel angefochtenen Sprachenverordnungen vom 18. Dezember 1888, die Verordnungen über eine schärfere Handhabung der Ausweisungsbefugnisse, über das Verbot des Gebrauchs von Abzeichen und Flaggen sowie des Singens und Verbreitens dänischer Lieder. Die preußische Regierung erwartet, daß auch in der Verwaltungspraxis z. B. hinsichtlich der Bestätigung der Wahlen von Amtsvorstehern eine den veränderten Verhältnissen und den Bedürfnissen der Jetztzeit angepaßte Übung verfolgt wird.

✚ **Ein bolschewistisches Komplott in Bayern.** Wie die bayerische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, haben sich in letzter Zeit Anhaltspunkte dafür ergeben, daß in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld zum Sturz der Regierung und Einführung der Räterepublik ein anscheinend weit verzweigtes hochverräterisches Komplott geplant worden ist. Das im einzelnen festgelegte hochverräterische Unternehmen sollte nach Entwaffnung der Einwohnerwehr ins Werk gesetzt werden. Eine in der Festungsanstalt Niederschönenfeld bei den Gefangenen vorgenommene Untersuchung hat diese Verdachtsgründe bestätigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

✚ **Bürgerliche Mehrheit in Braunschweig.** Bei der Wahl eines besoldeten Stadtrats in Braunschweig wurde der bisherige Inhaber dieses Postens, Stadtrat von Frankenberg, der von der Stadtverordnetenversammlung zur Wiederwahl vorgeschlagen war, mit 22 739 Stimmen gewählt. Der von der U. S. P. D. und S. P. D. unterstützte Gegenkandidat, Arbeitersekretär Wesemeier, erhielt nur 21 307 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war auf der bürgerlichen Seite sehr flau, während die sozialistischen Parteien auch den letzten Mann an die Wahlurne holten.

✚ **Sachsens neue Verfassung.** Das sächsische Gesamtministerium hat jetzt dem Entwurf der sächsischen Verfassung zugestimmt. Die Volksvertretung wird wieder den Namen Landtag erhalten und besteht aus einer auf vier Jahre zu wählenden Kammer. Von der Einsetzung eines Finanzrates, wie in Preußen, hat man abgesehen. Die ersten Wahlen zum Landtage müssen vor Ablauf des Jahres 1920 stattfinden. Die Regierung wird vom Staatsministerium, das ist das bisherige Gesamtministerium, geführt. An seiner Spitze steht der vom Landtag zu wählende Ministerpräsident, der die Bezeichnung Staatspräsident erhalten soll. Dieser gibt die Richtlinien der Politik an und trägt dem Landtag gegenüber die Verantwortung. Die Mitglieder des Staatsministeriums bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtages. Dieser kann den Rücktritt des Staatspräsidenten und die Entlassung einzelner oder aller Minister fordern. Die Regierung hat das Recht, den Landtag aufzulösen.

✚ **Hölz verhaftet!** Nach übereinstimmenden Mitteilungen der tschechischen Grenzkommandos in Graslitz und Breitenbach sowie der Militärpolizei in Eger ist Hölz in Marienbad verhaftet und in das Kreisgerichtsgefängnis Eger eingeliefert worden. Dazu wird der Polizei-Inspektion in Eger noch mitgeteilt: Hölz verweigert jede Auskunft über seine Person. Er erklärte, erst vor dem Gerichtshof in Prag Rede stehen zu wollen. Durch Gegenüberstellung mit einigen andern im Kreisgerichtsgefängnis befindlichen Verhafteten wurde jedoch seine Identität festgestellt. Es wurden bei ihm noch etwa 130 000 Mark vorgefunden. Mit ihm zusammen wurde ein Kommunist Weber festgenommen.

✚ **Eine Note betreffend die Einwohnerwehren** hat die Reichsregierung an die Entente gerichtet. Sie wünscht die Beibehaltung, betont, daß es sich dabei um keinerlei militärische Einrichtung handle und sagt ferner: Insbesondere auf dem platten Lande verbürge die Einwohnerwehr den Schutz für Aufbewahrung und Beförderung der Nahrungsmittel. Besonders bewährt hätten sich die Einwohnerwehren in Bayern, wo es ihnen zu danken sei, daß vor einem Jahre die Räteherrschaft nicht weiter um sich gegriffen habe. Der Nutzen der Einwohnerwehren habe auch im Ausland volles Verständnis gefunden. Von verschiedenen Seiten werde in ihr das Muster eines Selbstschutzes der Bevölkerung da erblickt, wo diese sich nicht auf staatliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung stützen könne.

✚ **Die deutschen Zeitungen vor der Katastrophe.** Der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger Dr. Faber hat an den Präsidenten der Nationalversammlung Dr. Fehrenbach ein Telegramm gerichtet, in dem hingewiesen wird auf den immer näher rückenden Zusammenbruch, der das deutsche Zeitungsgewerbe infolge der sprunghaften Steigerung der Papierpreise bedroht. Die Gefahr wird verstärkt durch willkürliche Auslegung des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit der Anzeigensteuer und der erhöhten Postgebührenordnung. Schon haben eine Reihe von Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen. Dr. Faber bittet im Namen von 1600 Zeitungen, das Reichsfinanzministerium möge die Anzeigensteuer nur nach vierteljährlichen Abschnitten erheben, wie im Gesetz vorgesehen, ferner um Regierungsschritte zur Ermäßigung der Postgebühren und Papierpreise. Sonst sei eine Katastrophe unvermeidlich.

Deutsch-Österreich.

✕ **Freisprechung eines Heerführers.** Der Oberste Gerichtshof in Wien sprach den wegen des Mordes angeklagten Feldzeugmeister Ljubicic frei. Laut Anklage hatte der Beschuldigte als Kommandant des 11. Korps an der ostgalizischen Front im Dezember 1914 und im Januar 1915 in 14 Fällen die Hinrichtung von Militär- oder Zivilpersonen durch Aufhängen oder Erschießen ohne standgerichtliches Verfahren geordnet. Die Urteilsgründung stellt fest, daß die Anwendung des Kriegnotrechts, auf das sich der Beschuldigte beruft, begründet gewesen sei und er es nicht, um sich über das Recht hinwegzusetzen, sondern unter dem Zwange der Verhältnisse angewandt habe.

Frankreich.

✕ **Poincarés Schuld am Weltkriege.** Gabriel Reuillard schreibt im „Populaire“, der Journalist Poincaré habe in der „Revue des deux Mondes“ die Verteidigung des Expräsidenten Poincaré übernommen. Er fühle, daß ein immer größerer Teil der Nation ihn für besonders verantwortlich für den Krieg halte. Woher komme es denn, daß anläßlich seiner Wahl zum Präsidenten Politiker der verschiedensten Richtungen, u. a. Jaurès und Ribot, ausgerufen hätten: „Poincaré! das bedeutet den Krieg“. Warum habe das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit und die nationalistische Welle (Zapfenstreiche, Theaterstücke, chauvinistische Reden und Chansons in den Musikalien) begonnen, als Poincaré Minister des Äußern geworden sei, und warum habe er dem Zaren Nikolaus, der zuerst mobilisiert habe, einen Besuch abgestattet Reuillard sagt, es sei natürlich lächerlich, Poincaré allein verantwortlich zu machen, aber er glaubt sich berechtigt, auch darauf hinzuweisen, was in den französischen Schulbüchern vor dem Kriege gelehrt wurde.

Großbritannien.

✕ **Lloyd George des Mordes angeklagt.** Während der Untersuchung der kürzlich in Irland begangenen Ermordung des Lord-Mayors von Cork, Thomas Mac Curtain, kamen die Geschworenen zu dem Schluß, daß das Verbrechen von der Polizei begangen worden ist im Einverständnis mit der britischen Regierung. Der Urteilsspruch bezichtigt daher Lloyd George, French und andere Würdenträger des Mordes. In eingeweihten Kreisen nimmt man allgemein an, daß French die Staathalterschaft von Irland wegen der jüngsten Unruhen im Lande niedergelegt habe.

Rußland.

✕ **England bittet um gut Wetter.** Das englische Ministerium des Auswärtigen hat an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin ein Telegramm gesandt, in welchem die englische Regierung jetzt zugibt, daß Denikin endgültig geschlagen ist. In dem Telegramm wird die Regierung aufgefordert, um weiterem Blutvergießen ein Ende zu machen, die militärischen Operationen in Südrußland einzustellen, sowie eine allgemeine Amnestie zu veröffentlichen. In seiner Antwort erklärt Tschitscherin, daß die Verpflichtungen Englands gegenüber dem zaristischen Rußland mit der Niederlage Denikins aufgehört hätten. Zwischen Rußland und England müßten nun neue Beziehungen angeknüpft werden.

Aus In- und Ausland.

Oppeln. Die interalliierte Regierungskommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien in Kraft zu treten hat und der Termin für die diesbezüglichen Wahlen eiligst festgesetzt wird.

Amsterdam. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die oberste Gerichtsbehörde im Distrikt Washington das Ersuchen des amerikanischen Schiffahrtsamtes abgelehnt, welches Abweisung des Gesuches Hearsts auf Verbot des Verkaufs von 29 ehemals deutschen Schiffen verlangte.

Stockholm. Eine juristische Autorität erklärte, daß nach schwedischem Gesetze Kapp nicht ausgeliefert wird, weil für politische Verbrecher das Asylrecht existiert.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 21. April.

Sonnenaufgang	4^{52}	Mondaufgang	3^{28} V.
Sonnenuntergang	7^{07}	Monduntergang	10^{36} N.

1782 Pädagog Friedrich Fröbel geb. — 1898 Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges. — 1899 Geograph Heinrich Riepert gest. — 1916 Beginn des irischen Aufstandes.

□ **Post-Autolinien.** In einem Streit der Meinungen, der augenblicklich in der Presse über diesen Gegenstand entbrannt ist, wird darauf hingewiesen, daß es mit den Postautolinien nicht etwa so ergehen dürfe wie mit der Luftpost. Auch diese ist mit großen Versprechungen angekündigt worden und mußte dann infolge Mangels und der Verteuerung des Betriebsstoffes gänzlich eingestellt werden. Die Folgen eines solchen Verfahrens mit den Autolinien der Post wären ganz erheblich weittragender. In einem vom Verkehr bisher abgeschlossenen Gebiet, das endlich die ersehnte neuzeitliche Verbindung erhält, stellen sich die Einwohner mit ihren geschäftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Bedürfnissen auf die neuen Verhältnissen ein und wenn nun das Verkehrsmittel, das diese Neuanschaffungen notwendig gemacht oder erst gerechtfertigt hat, plötzlich verschwindet, so waren die Ausgaben umsonst und der Schaden größer als vorher. Das Kraftfahrzeugliniengesetz vom Januar 1919 sieht daher mit Recht vor, daß die Genehmigung für eine Autolinie nur erteilt werden darf, wenn „nach der Persönlichkeit des Unternehmens und nach der Beschaffenheit des Unternehmens Gewähr für die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes geboten ist". Gewiß ist die weitere Fassung des Gesetzes unklar, insofern, man darüber streiten kann, ob auch die Reichspostverwaltung an diese Genehmigungsverpflichtung gebunden ist. Dieser Rechtsstreit ist für den Bewohner des platten Landes aber von untergeordneter Bedeutung; ihm kommt es auf die praktische Seite der Frage an und die geht dahin, daß die Dauer eines einmal begonnenen Betriebes gewährleistet sei, und diese Sicherheit hat er nur, wenn die örtlichen Verwaltungsbehörden sich die erforderlichen Garantien haben geben lassen. — Es wird nämlich gegen die Pläne der Post eingewendet, daß bei Mangel oder Verteuerung des Benzins die Post ihre Omnibusse aus den Gegenden, die ihr einen geringeren Nutzen bringen, herausziehen und in die Umgegend der Großstädte zusammenziehen wird.

Warmbrunn.

* **Fußball-Wettspiel.** S.V. Hirschberg I : S.V. Warmbrunn I. 2:3 (2:3) Ecken 4:15 (1:5). — Bei prächtigem Wetter standen sich obige Mannschaften am vergangenen Sonntag in Hartau zum Kampf um die Meisterschaft des Gaues Hirschberg gegenüber. Beide Vereine, sich dessen klar, was vom heutigen Tage abhing, hatten ihre besten 11 aufgestellt. Punkt 3 Uhr pfeift der Schiedsrichter Herr Grabow (S.V. Hirschberg) an. Warmbrunn hat Anstoß, und entwickelt sich zunächst ein offenes Spiel. Auf beiden Seiten werden schöne Durchbrüche erzielt. 20 Minuten nach Anstoß bricht Hirschbergs Mitte durch und kann den ersten Treffer verbuchen. Warmbrunn will noch nicht aus sich heraus. Schöne Chancen werden glatt ausgelassen. Bei einem weiteren Durchbruch von seiten Hirschbergs wird der linke Verteidiger Warmbrunns hart bedrängt und gibt er den Ball an den Tormann zurück. Durch ein Mißverständnis beider, konnte der Tormann unverschuldeterweise ein Eigentor nicht verhindern, sodaß Hirschberg bis zur Halbzeit ein 2:0-Resultat erreicht. Nach 10 Minuten Pause beginnt mit Anstoß Hirschbergs die zweite Halbzeit. Warmbrunn legt nun ein scharfes Tempo vor und übeunimmt sofort die Führung. Die Kombination im Sturm verbessert sich zusehends, sodaß bereits in der 4. Minute Warmbrunn durch seinen Mittelstürmer das erste Tor schießen kann. Schwarz drückt nachhaltend. Die linke Seite leitet einen Durchbruch ein und kann Weißig eine gut vorgelegte Flanke glatt verwandeln. 4.24 Uhr gibt der Schiedsrichter die 12. Ecke für Warmbrunn. Diese von links gut eingebracht, wird von Klippel gefaßt und im Gedränge konnte Seeliger nach guter Vorlage von Klippel den 3. Treffer erzielen. Hirschberg erkennt den Ernst der Lage und zieht fast alles vor seine Kiste. Die Durchbrüche der Blauen verlieren an Kraft. Einen für Hirschberg gegebenen Strafstoß konnte Warmbrunn gut parieren, sodaß auch dieser erfolglos blieb. Warmbrunn dagegen setzt sich vor dem Hirschberger Tor fest. Ecke folgt auf Ecke. Warmbrunn hat mit dem schönsten Resultat, was je ein Fußballwettspiel zeitigen kann, 3:2 die Meisterschaft des Gaues Hirschberg gewonnen.

* **Turnverein.** Einladungskarten zu dem am Sonnabend, den 24. d. Mts., abends, im „Weißen Adler" stattfindenden 69. Stiftungsfestes sind beim Schriftwart, Herrn Goldschmied Wiesner, Schloßplatz zu haben.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	16. 4. Geld	16. 4. Brief	15. 4. Geld	15. 4. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	2322,50	2327,50	2197,75	2202,25	170 Mk.
Dänemark . Kronen	1098,75	1101,25	1078,75	1081,25	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	—	—	80 „
Amerika . . Dollar	62,40	62,60	58,90	59,10	4,40 „
England . Pfund	245,70	246,30	234,70	235,30	20,20 „
Frankreich . . Frank	—	—	—	—	80 „
Italien . . Lire	269,70	270,30	269,70	270,30	80 „
Dt.Österreich Kronen	28,47	28,53	81,47	81,53	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 16. April: Hafer für 1000 Kilogramm loko —, auf Abladung 3280—3340 Mark ab Station. Tendenz: etwas schwächer.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 350—400 Mark, gelbe und grüne Erbsen 220—320 Mark, Bohnen, weiße inländische —.— Mark, Peluschken 145—155 Mark, Pferdebohnen 150—158 Mark, Wicken 145—150 Mark, Lupinen 65—75 Mark, Serabelle 65—73 Mark, Wiesenheu, lose, 41—43 Mark, Stroh, drahtgepreßt 21—22 Mark, gebündelt 18—20 Mark, Trockenschnitzel 77—82 Mark, Patent Steffen 98—103 Mark.

* **Kreditaktion für Mitteleuropa.** Die Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen den Alliierten und den hauptsächlichsten neutralen Staaten geführt wurden, zu dem Zwecke, eine Mitarbeit der Neutralen bei der Kreditaktion zugunsten des Wiederaufbaues der zentraleuropäischen Staaten zu erreichen, sind nun in ihr endgültiges Stadium getreten: Alle neutralen Staaten, die um Teilnahme angegangen waren, haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der Kreditaktion sich zu beteiligen. Es wird noch im Laufe dieses Monats in Paris eine Konferenz zusammentreten, an der Vertreter der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens, der Schweiz, Hollands, Dänemarks, Schwedens und Norwegens teilnehmen werden. Auf dieser Konferenz sollen die Kreditbeträge und die Art der Kredite einer Erörterung unterzogen werden. Voraussichtlich werden Materialkredite, keine Barkredite gewährt werden. Das Datum der Konferenz ist zunächst auf den 21. April festgesetzt worden.

* **Außerkurssetzung des Silbergeldes.** Eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die bereits die Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses gefunden hat, bestimmt, daß die ½-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke einzuziehen sind; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Bis zum 1. Januar 1921 werden diese Münzen bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnsscheine umgetauscht.

* **Fristverlängerung für die Lieferprämien.** Da die politischen Unruhen und Verkehrsstörungen der letzten Zeit die Ablieferung von Getreide sehr erschwert haben, wurde, wie W. T. B. mitteilt, die Frist für die Zahlung der Höchstprämien von 300 Mk. für die Tonne Brotgetreide, die ursprünglich bis zum 15. April beschränkt war, bis zum 15. Mai 1920 verlängert. Dementsprechend ändern sich auch die übrigen dazu erlassenen Bestimmungen der Reichsgetreidestelle.

Die gefährdete Volksgesundheit.

Bedenkliche Zahlen.

Wie sehr die Ereignisse der letzten Jahre die Gesundheit und damit auch die Erwerbsfähigkeit unserer Bevölkerung geschädigt haben, wird besonders deutlich an der Zunahme der Invaliditätsziffern der Landesversicherungen. So hatte z. B. die Landesversicherungsanstalt Berlin im Jahre 1919 gegenüber dem Vorjahr einen sehr bedeutenden Mehreingang von Anträgen auf Gewährung einer Invalidenrente. Im Jahre 1918 wurden bei ihr 7274 Invalidenrentenanträge neu erhoben, darunter von Männern 4602 und von Frauen 2672. Das Jahr 1919 aber brachte 10 211 neue Invalidenrentenanträge, woran die Männer mit 6012 und die Frauen mit 4199 beteiligt waren.

Hier fällt auf, daß die Einwirkung bei den Frauen noch schärfer als bei den Männern hervortritt. In 1919 war der Mehreingang von Invalidenrentenanträgen gegenüber dem Vorjahr bei den Männern 1410 (von 4602 auf 6012), bei den Frauen aber 1527 (von 2672 auf 4199). Gegenüber den Anträgen aus 1918 beträgt das Mehr bei den Männern etwa 31 %, bei den Frauen dagegen über 57 %.

Noch stärkere Zunahmen ergeben sich, wenn wir nur die Zahl der Bewilligungen von Invalidenanträgen betrachten. In 1918 waren es 5185, darunter 3421 für Männer und 1764 für Frauen. In 1919 aber wurden 8208 Anträge bewilligt, 5181 für Männer und 3027 für Frauen. Das Mehr in 1919 beträgt bei den Männern 1760, bei den Frauen 1263. Gegenüber 1918 bedeutet das bei den Männern über 51 %, bei den Frauen über 71 %.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Todesurteile wegen Mordes an der Ehefrau.** Das Schwurgericht in Kiel verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Schuhmacher Book und dessen Geliebte wegen Mordes zum Tode. Die Angeklagten haben die Ehefrau Books ermordet, die Leiche zerstückelt und im Keller verscharrt.

§ **Die seelenruhige Totschlägerin.** Vor dem Schwurgericht in Neiße hatte sich das 34 Jahre alte Dienstmädchen Elisabeth Baselt aus Breslau wegen der Tötung ihrer Dienstherrin, der 81jährigen Frau Rechnungsrat Krause, zu verantworten. Frau Krause soll das Mädchen sehr schlecht behandelt haben. Als sie es am 18. Februar wieder einmal nachts überflüssigerweise aus dem Schlaf weckte und ihm Befehle gab, nahm das Mädchen eine Eisenstange und schlug damit die Greisin im Dunkel über den Kopf. Sie wollte sie nicht töten, sie wollte ihr nur „eins auswischen". Dann sah sie, daß die Frau mit gespaltenem Schädel tot lag. Auch das erregte sie nicht. Sie wusch die Leiche, die Wäsche, die Stube, zog der Leiche ein sauberes Hemd an und setzte sich zu einem ordentlichen Frühstück nieder. Dann kleidete sie die Leiche vollständig an, legte sie aufs Bett und ging in die Stadt, kaufte sich beim Konditor Kuchen und gab eine Anzeige in der Zeitung auf, betitelt „Faschingswunsch", wonach sich ein anständiges Mädchen mit einem besseren Herrn, auch Witwer verheiraten wollte! Sie ging wieder nach Hause, wo die Tat durch die Adoptivtochter der Greisin entdeckt wurde. Das Dienstmädchen wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein neues Sinnbild.

Die nachstehenden Ausführungen verdienen besondere Beachtung, weil sie der Feder eines deutschen Sozialisten entstammen.

Am Tage des verflossenen Kapp-Putsches, der jetzt anläßlich neuer Putschgerüchte so lebhaft in der Erinnerung auftaucht, erörterten in einem Berliner Straßenbahnwagen zwei Damen das bedeutsame und für sie offensichtlich freudige Ereignis. Sie verhehlten nicht ihre Genugtuung über die Wendung der Dinge, und als von anderer Seite Widerspruch erfolgte, rief eine der beiden, voll tiefster Überzeugung aus: „Jetzt hat die Not ein Ende. Sie werden sehen, schon übermorgen kostet die Butter wieder eine Mark sechzig!"

Also einfach eine dumme Gans? Nun, die Naivität, die sich hier so ungeschminkt aufrichtig kundgetan, ist sehr allgemein: dem rückschrittlichen Beamten, der auf die Wiederkehr des Kaisers und Herstellung des alten Regiments baut, dem kommunistischen Arbeiter, der in verbissenem Vertrauen auf das Kommen der Räterepublik rechnet, dem ängstlichen Bürger, der um die Ordnung zittert — ihnen allen verkörpert sich die Erfüllung von Wünschen und Hoffnungen in irgendeiner Form als billige Butter. Und sie alle erleben die Enttäuschung oder würden sie erleben, daß weder die wiederkehrende alte Zeit, noch ein neuer Umsturz, noch auch endlich die gepriesene Ordnung allein, uns dieser Hölle der Gegenwart entreißen kann. Sie alle sehen mit hilflosem Entsetzen, wie die Preise der Lebensmittel auf das Zwanzigfache, die von Wäsche, Kleidern, Schuhen auf das Fünfundzwanzig- bis Fünfzigfache steigen, wie die zermalmende Schraube zu immer weiteren Windungen sich dreht und gleich einem Folterinstrument den letzten Atem auspressen will. Sie spüren die Unüberbrückbarkeit zwischen diesen Kosten des Lebensbedarfes und den bestenfalls zehnfach gesteigerten Löhnen und Gehältern. Sie merken, daß sie beim Wettklettern der zwar erhöhten, aber stets festbemessenen Einkünfte und der in Riesensprungen emporschnellenden Preise, die von jeder Schwerkraft der Konkurrenz befreit sind, weit zurückbleiben. Und während die allermeisten gezwungen sind, in nie endenden, quälenden, erniedrigenden Nahrungssorgen zu verkümmern, in geflickten, abgetretenen Stiefeln, zerfetzter Wäsche, zerschlissenen Kleidern umherzulaufen, allen physischen und geistigen Genüssen zu entsagen, Schulden anzuhäufen, täglich mehr zu verelenden, sehen sie zugleich den orgiastischen Tanz ums goldene Kalb der Verdiener vor Augen. Aufgeblähte Spekulanten, feistgewordene Schmarotzer, die schnellerworbene Reichtümer hastig verprassen; jene Gesellschaft, die auf dem Boden von Krieg und Revolution stets gleich Fliegenpilzen hervorschießt, bunt und giftig, die das Theater bevölkert, in den Restaurants schwelgt, auf Autos dahinsaust und einen gleißendneuen, protzig-brutalen Luxus entfaltet.

Bei solchem Gegensatz, der den einen die Luft nimmt, den andern sinnlose Verschwendung gestattet und die Ungerechtigkeit dieser Welt schreiend zur Schau stellt, wird es schwer, an die Aufrechterhaltung der Ordnung zu glauben, die segensreich ist, wenn unter ihrem Schutze fruchtbringende Entwicklung sich entfaltet, die aber niemals dazu dienen darf, trügerisch eine entartete Wirtschaft, eine tatsächlich grenzenlose Unordnung zu verhüllen. Durch gütliches Zureden hat sich noch keine Revolution zum Stillstand bringen lassen, nur greifbare Veränderungen zum Bessern machen ihr ein Ende. Der große französische Umsturz am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts hatte wenigstens das Ergebnis, daß der aus der Leibeigenschaft des Feudalismus befreite Bauer, dieses bis dahin fast als wildes Tier angesehene Wesen, sich zum ersten Male satt essen durfte. Solange nicht jeder Deutsche genug zu essen hat, ist die Hoffnung auf das Ende der Revolution leider nur eine trügerische Illusion.

Es ist aber auch eine Illusion, die Rettung hauptsächlich von der „Konsolidierung im Innern" zu erwarten. Sie ist einfach eine Unmöglichkeit. Arbeitslust ist gewiß notwendig, aber sie nur stets zu predigen, ohne daß sonst etwas geschähe, genügt nicht. Die Dame, die erwartete, binnen zweier Tage werde es billige Butter geben, ist nicht minder naiv als Leute, die meinen, man könne Millionen darbender Menschen in ergebener Geduld erhalten und sie zu emsiger Produktion veranlassen, wenn sie nicht wenigstens energische Versuche zur Hilfe und faßbare Aussichten am Horizont erblicken. Diese Hilfe — und sie ist eigentlich das einzige, wonach ganz Deutschland, wenn auch in verschiedenen Tonarten, schreit — wird nur herbeigeführt durch entschlossene Außenpolitik. Ein Deutschland, dessen Banknotenumlauf kaum mit 2 % Metallbestand gedeckt ist, gegen etwa 65 % im Jahre 1914, und das dennoch dreiviertel Milliarden wöchentlich neue Banknoten hinausschleudert, kann selbständig nicht genesen.

Was aber ist hier getan worden? Monatelang nichts, nicht das mindeste. Lässige, zaghafte Abwehrtaktik ist betrieben worden, das war alles.

Drei Momente waren die Hindernisse: Man stand auf Ruinen. Man wollte den Sozialismus in Tat umsetzen. Man sollte mit einem Male parlamentarisch regieren, und niemand konnte es. Aber jetzt, nach anderthalb Jahren Republik muß man es endlich gelernt haben. Das Lehrgeld war hoch genug.

Es ist versäumt worden, den europäischen Mächten, die selbst ziemlich steuerlos im Strome treiben, ein festes Programm vorzulegen. Welche Vorschläge — nicht abwehrende, sondern positive — hat die deutsche Regierung während der letzten sechs Monate in Paris oder London gemacht? Hat sie die Auslandsanleihe angeregt? Hat sie darauf hingearbeitet, den allgemeinen Frieden mit Rußland herbeizuführen, der bewirkte, daß sich die Schätze des Ostens an Rohstoffen und Lebensmitteln nach dem Westen ergössen. Hat sie den Wunsch nach schneller Abstimmung geäußert, um mit Polen ins Reine zu kommen und die chaotischen Verhältnisse an diesen Grenzen zu beenden? Hat sie sich bemüht, soweit es möglich war, den Abbau des militärischen Apparates zu beschleunigen und so das Mißtrauen und die Besorgnisse Frankreichs zu zerstreuen?

Nichts davon! Nichts ist geschehen, um den Ring, der heute Deutschland noch immer einschnürt, zu lockern oder ganz zu beseitigen. Und ehe er nicht fällt, ehe Deutschland zu seiner eigenen Rettung nicht selbst die Initiative ergreift, ehe es nicht alles tut, um den Puls des internationalen Wirtschaftslebens in Gang zu bringen, wird die Teuerung sich nicht mildern, die Lebenshaltung der Masse nicht gebessert werden und dauernde Ordnung nicht wiederkehren.

Nah und Fern.

o **Flugpost-Verkehr Danzigs mit Deutschland.** Der Oberpostdirektor in Danzig teilte mit, daß eine Flugverbindung zwischen Danzig und einem deutschen Platz für den Briefverkehr geplant sei und voraussichtlich am Sonntag der erste Flug stattfinden würde. Der Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr zwischen Danzig und Deutschland wickelt sich bisher ohne wesentliche Schwierigkeiten ab.

o **Postverkehr mit dem deutschen Saargebiet.** Zwischen dem deutschen Saargebiet und dem unbesetzten Deutschland ist das zulässige Höchstgewicht für Pakete im Postverkehr auf 20 Kilogramm erhöht worden. Den Paketen aus Deutschland braucht eine Zollinhaltserklärung in deutscher Sprache nicht mehr beigefügt zu werden. Dagegen ist die genaueste Ausfüllung der Zollinhaltserklärung in französischer Sprache erforderlich.

o **Fahrpreiserhöhung mit vernichtenden Folgen.** Das Elektrizitätswerk Altenburg hat beschlossen, die Straßenbahn Altenburg vom 1. Mai ab still zu legen, da der Betrieb infolge der Fahrpreiserhöhung auf 60 Pfg. nicht zu halten ist. Seit der Erhöhung des Fahrpreises ist der Betrieb um mehr als 66⅔ % heruntergegangen.

o **Die Klöster Heisterbach und Himmerod.** In einem kurzen Zeitraum sind die beiden bedeutendsten Klosterruinen der Rheinprovinz wieder in den Besitz geistlicher Genossenschaften übergegangen. Der Verkauf von Heisterbach ist neuerdings rechtskräftig geworden. Auf Grund eines Übereinkommens mit dem Orden der Augustiner-Zellitinnen bleibt die Chorruine der Öffentlichkeit auch weiterhin zugänglich. — Himmerod ist vor kurzem aus dem gräflich Kesselstattschen Fideikommiß an eine aus Bosnien ausgewiesene Niederlassung des reformierten Zisterzienserordens (Trappisten) übergegangen. Die Klostergebäude mit Kreuzgang sind in größerem Umfange als Ruine erhalten; von der Kirche, dem größten und bedeutendsten rheinischen Kirchenbau des 18. Jahrhunderts, stehen nur der Hauptgiebel, ein Chorhausgiebel und der Chor im wesentlichen noch aufrecht.

o **Eine Patronenfabrik niedergebrannt.** Wie aus Wien-Neustadt gemeldet wird, brach Sonntag in der Hirtenberger Patronenfabrik ein Brand aus, dem sämtliche 29 Bauten mit Ausnahme einer einzigen zum Opfer fielen.

o **Reaktion an der Universität Jena?** Das neue Vorlesungsverzeichnis der Universität Jena für das Sommersemester trägt auf der ersten Seite im Sperrdruck den Vermerk: „Rector magnificentissimus Seine Königliche Hoheit

Großherzog Wilhelm Ernst, Herzog zu Sachsen und Sachsen-Weimar."

o **Auch ein „Aprilscherz"!** Ein Magdeburger Blatt brachte am 1. April die Nachricht, daß in Neuhaldensleben, einem Nachbarstädtchen Magdeburgs, eine 20köpfige Falschmünzerbande ausgehoben worden sei, die für acht Millionen falsche Fünfzigmarkscheine hergestellt haben sollte. Außerdem seien Druckpressen, mehrere Maschinengewehre, Karabiner und Munition beschlagnahmt worden. Die Falschgeldabteilung der Reichsbank fragte wegen dieser Meldung bei dem Magistrat in Neuhaldensleben an und erhielt den Bescheid, daß daran kein wahres Wort sei, und daß es sich lediglich um einen Aprilscherz jener Zeitung gehandelt habe. Über den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten, auch über den journalistischen „nicht!

o **Verbrechen an deutschen Kindern.** An der Grenze des Freistaates Danzig gegen Polen wurde von einem polnischen Soldaten, der Grenzwache hielt, an zwei deutschen 12- und 13jährigen Schwestern aus Oliva ein scheußliches Verbrechen verübt. Die Mädchen, die von dem Wüstling mit Totschlag bedroht worden waren, erstatteten Anzeige. Bevor der Soldat dem Gerichte ausgeliefert wurde, erhielt er von einem polnischen Offizier für seine Tat fürs erste 25 Stockhiebe.

o **Ein Arbeitgeberverband der deutschen Gemeinden** und Kommunalverbände ist in der Bildung begriffen. Die Arbeitsbedingungen für die städtischen Arbeiter werden jetzt im Wege eines Tarifvertrages geregelt, der zwischen den über einen großen Teil des Landes ausgebreiteten Arbeitnehmerverbänden, insbesondere dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter, und den einzelnen Gemeinden abgeschlossen wird. Dadurch ist die Notwendigkeit eines Arbeitgeberverbandes der Gemeinden hervorgetreten. Die Mißstände sollen durch die Bildung des Arbeitgeberverbandes der Gemeinden beseitigt werden, der für die ihm beigetretenen Gemeinden und Gemeindeverbände die Verhandlungen mit den Verbänden der städtischen Arbeiter und voraussichtlich auch der Angestellten führt. Auf diese Weise sollen die allgemeinen Arbeitsbedingungen für das Reich festgesetzt werden.

o **Attentatsfieber in Irland.** Nach einer dem englischen Unterhaus zugegangenen dokumentarisch belegten Statistik betrug die Zahl der in Irland während der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 29. März 1920 durch Anhänger der Sinnfein-Bewegung begangenen Attentate nicht weniger als 1809. Davon entfielen auf die Provinzen Ulster 95, Connaught 137, Leinster 269 und Munster 588 Fälle. In Munster allein, das die Grafschaften Clare, Cork, Kerry, Limerick, Tipperary und Waterford umfaßt, wurden 23 Militärpersonen und Polizisten getötet.

o **Einbruch in den Hildesheimer Dom.** In die Domkammer zu Hildesheim ist eingebrochen worden. Die Diebe haben eine Mauer durchbrochen und aus dem Domschatz folgende Wertgegenstände entwendet: zwei bronzene Bernardleuchter, die eine Nachahmung der silbernen Originale darstellen, eine goldene Mutter-Gottes-Statue, vier silbervergoldete Kelche und zwei silbervergoldete Monstranzen von bedeutendem Wert.

o **Die Luxusstraßenbahn.** Die französische Bergverwaltung hat die Kohlenpreise im Saargebiet auf das Dreißigfache des Friedenspreises verteuert. Daher kommt es, daß das Straßenbahnfahren im Saargebiet jetzt ein Luxus ist, den sich nur die wohlhabenden Leute erlauben können. Die kürzeste Strecke kostet eine Mark. Für die Fahrt von Luisenpark nach der Stadt Saarbrücken, eine Strecke von rund sechs Kilometern, zahlt man an Sonn- und Feiertagen hin und zurück die Summe von acht Mark.

o **Opfer einer Treibmine.** Der Fischdampfer „Flensburg" bekam am 10. April abends bei List in der Nordsee eine Treibmine ins Netz und ist in die Luft geflogen. Der Kapitän und ein Matrose, die sich auf ein Floß gerettet und nach 22 Stunden von dem Fischdampfer „Hamburg" aufgenommen waren, wurden in Altona gelandet. Zehn Mann der Besatzung sind wahrscheinlich umgekommen.

o **Karl Hauptmann schwer erkrankt.** Der Dichter Karl Hauptmann, der Bruder Gerhart Hauptmanns, ist in Schreiberhau von einem Schlaganfall betroffen worden.

o **Kirchenbrand.** Die St. Petrikirche in Wolgast in Pommern wurde von einem Blitzstrahl getroffen. Erst nachdem der Brand mehrere Stunden in der Turmspitze geschwelt hatte, brach er in helle Flammen aus. Orgel, Kanzel, Altar und Gestühl wurden ein Raub des Feuers. Es konnten nur die Bilder, die Altarbekleidung, der Taufengel und einige Einrichtungsgegenstände gerettet werden.

o **Schiebergeschäfte eines Stadtverordneten.** Wegen Preiswuchers und Verschiebung von Kartoffeln sind in Magdeburg der sozialdemokratische Stadtverordnete Heinevetter und zwei Händler verhaftet worden. Ferner konnten vier Schieber festgenommen werden, die einen aus dem Magdeburger Sanitätsdepot stammenden Waggon mit Heeresverbandsstoffen nach Berlin verschieben wollten.

o **Einbrecher im Jagdschloß Klein-Glienicke.** Das dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörende Jagdschloß Klein-Glienicke bei Potsdam ist von Einbrechern heimgesucht worden. Die Diebe stahlen silberne Bestecke und anderes Silbergut im Werte von mehr als 50 000 Mark. Von den Einbrechern fehlt bisher noch jede Spur.

o **Die Ärzte werden aufsässig.** Der Ärzteverein Stolp in Pommern hat beschlossen, sich, sobald die Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze auf 20000 Mark Gesetz wird, an keine Krankenkassenverträge mehr gebunden zu fühlen. Die Kassenmitglieder sollen wie Privatpersonen gegen Bezahlung zu den ortsüblichen Honorarsätzen der Privatpraxis behandelt werden und sich dann nach eigenem Ermessen mit ihrer Krankenkasse auseinandersetzen.

o **Kellnerstreik in Berlin.** Im Berliner Gastwirtsgewerbe ist am 17. April der drohende Streik der Angestellten zum Ausbruch gekommen. Viele große Hotels, Weinhäuser und Bierwirtschaften wurden geschlossen, da die Kellner, Köche und das gesamte Hilfspersonal die Arbeit einstellten. Die Streikenden hatten folgende von den Besitzern abgelehnte Forderungen gestellt: Sofortige Anerkennung des Tarifvertrages, Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe, deren Höhe durch die Leistungsfähigkeit jedes Betriebes festgestellt wird, eine wöchentliche Teuerungszulage von 50 Mark, Bezahlung der Generalstreiktage und Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen, Neueinstellungen und Versetzungen. Es kommen etwa 6—8000 Betriebe mit 70—80000 Angestellten in Betracht. Die Kaffeehausbesitzer und einige größere Hotels und Gastbetriebe haben die Forderungen bewilligt, so daß sie weiterarbeiten können.

o **Mehlschiebungen in Karlsruhe.** Das badische Landespreisamt ist umfangreichen Mehlschiebungen in Karlsruhe auf die Spur gekommen. Dreizehn Bäckermeister haben große Mengen des ihnen zur Versorgung der Bevölkerung zugewiesenen Weißmehls an Schieber und Konditoreien verkauft. 72 Zentner konnten noch beschlagnahmt werden. Vier Personen wurden verhaftet.

Aufruf

zur

Gründung einer Ortsgruppe d. Schlesischen Bundes f. Heimatspiele Herischdorf, Warmbrunn, Hermsdorf.

Erste Sitzung am Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Schneekoppe", Warmbrunn.

Der Bund will gemeinnützig für die geistigen Güter Deutschlands eintreten und dem zu Folge Volksspiele aller Art unter Einbeziehung des Volksliedes und Volkstanzes, Leseabende und Vorträge veranstalten, sowie Sitten und Gebräuche pflegen.

Die Schreiberhauer Gruppe, wie die für Giersdorf—Hain—Saalberg, haben sich bereits durch ihre Weihnachtsspiele, Vortragsabende und durch Aufführung eines Volksstückes erfolgreich betätigt und allgemeine Zustimmung bei der Bevölkerung und in der Presse erfahren. Die Unkosten wurden reichlich gedeckt. Herischdorf—Warmbrunn—Hermsdorf wird nun Ende Juni 1920 das Kynastvolksspiel „Kunigunde" auf dem zweiten Hofe der Ruine Kynast aufführen.

Zur Beteiligung aller Volkskreise wird aufgefordert und hiermit jeder zur Sitzung eingeladen, der die Bestrebungen des Bundes künstlerisch und materiell unterstützen will, sowie alle diejenigen, die darstellerisch oder an Chören und Tänzen teilnehmen wollen.

Geschliffener
Pfeilerspiegel m. Schränkchen, Imit. Perserteppich
4 mal 6 Meter,
4 Stck. schöne Stühle (dkl.)
zu verkaufen.
Hermsdorferstraße 47 II.

Reinleinene
Züchen-Leinwand Schürzen-Stoff u. Handtücher
preiswert abzugeben
Salzgasse 12, part. l.

Guterhaltener
Sport-Liegewagen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter So. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für Handwerker u. Privatleute empfehle streichfertige, prima
Fussboden-Glanz-Lackfarbe
in allen Tönen per kg 22 Mk.
Rübezahl-Drogerie,
Franz Makowski,
Herischdorf, Hirschbergerst. 183.

Selbstgeber verleiht schnell diskret **Geld**, Ratenzahl. gestattet
J. Mann, Hamburg 5.

Es hat Gott dem Herrn gefallen, nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere liebe, gute Tochter, Schwester und Anverwandte, die

Bürogehilfin

Klara Rösner

im Alter von fast 22 Jahren, gestärkt mit den hlg. Sterbesakramenten aus diesem Leben in ein besseres Jenseits abzurufen.

Dies zeigen allen Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme an

die trauernden Hinterbliebenen.

Herischdorf, den 19. April 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom St. Hedwigs-Krankenhaus aus statt.

Kynwasser, Rübezahl.

Mittwoch

Damen-Kaffee .·. Konzert und Tanzkränzchen.

ff. Hausgebäck. Pfannkuchen.

Hierzu ladet freundlichst ein **Familie Fischer.**

Extra-Einladungen erfolgen nicht.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar
Hans Hinderer, Breslau 5, Schweidn. Stadtgr. 10

Zeitungs-Austrägerin

für

Nied.-Herischdorf

bei hoher Bezahlung sofort gesucht.

Warmbrunner Nachrichten.

Visitenkarten liefert schnell und billig P. Fleischer Buchdr.

Händler aufgepaßt!

In feinster alkoholhaltiger Qualität:

Hienfong-Essenz	per	Dtzd.	Mk.	15,—
Karmelitergeist	„	„	„	21,—
Mariazeller M.-Tropfen	„	„	„	21,—
Pain-Expeller	„	„	„	24,—
Hoffmannstropfen	„	„	„	18,—
Baldriantropfen	„	„	„	13,50
Choleratropfen	„	„	„	14,25

sowie alle anderen Thüringer Hausmittel. Verlangen Sie bitte gratis meine Preisliste.

Otto Ramm, Penig i. Sa.,
chem.-pharmazeutische Präparate.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: beim

Eintrittsalter (Jahre):	50	55	60	65	70	75
jährlich % der Einlage	7,248	8,244	9,612	11,496	14,196	18,120

Bei längerem **Aufschub** der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.

Für Frauen gelten besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1918: 124 Millionen Mark.

Tarife und nähere Auskunft durch **Hermann Jäschke** in Warmbrunn, Schlossplatz 3.

Zahn-Atelier

Erich Franz,

Hirschberg, Contessastraße Nr. 6.

Sprechstunden:
9—12 und 2—5 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr.
Bei vorheriger Anmeldung auch außer der Zeit.
Behandlung schonend und gewissenhaft.

Reparaturen sowie auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage erledigt.

Zigaretten

aus hell. oriental. Tabak mit Goldmundstück. Banderole F Mk. 230.— pr. Mille. Versand nicht unter 1 Mille. — **Rauchtabak,** gar. rein Uebersee, Mk. 19.— per Pfund. Versand nicht unter 5 Pfd., laufend abzugeben unter Nachnahme.

Carl Aug. Schmidt, Hamburg 36.
Esplanade 6. Fernruf Nordsee 4433. Telegr.: Cubatabak.